

Stand: 27.07.2024 03:10:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/27148

"Haushaltsplan 2023; hier: Vorbereitung der vollständigen Wiederinbetriebnahme der Staudenbahn (Kap. 09 06 Tit. 891 56)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/27148 vom 14.02.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27955 des HA vom 01.03.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 9)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier, Jürgen Baumgärtner, Georg Winter, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Wolfgang Fackler, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Hans Ritt, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch CSU

Haushaltsplan 2023;

**hier: Vorbereitung der vollständigen Wiederinbetriebnahme der Staudenbahn
(Kap. 09 06 Tit. 891 56)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 06 wird der Ansatz im Tit. 891 56 (Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für Investitionen) von 11.620,0 Tsd. Euro um 100,0 Tsd. Euro auf 11.720,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Die Staudenbahn soll über Langenneufnach hinaus auch in das Unterallgäu bis nach Bad Wörishofen verlängert werden. Hierfür sind vorbereitende Maßnahmen erforderlich, u. a. in Form einer Potentialanalyse.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27955 des HA vom 01.03.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Georg Winter

Abg. Dr. Markus Bächler

Abg. Manfred Eibl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Inge Aures

Abg. Sebastian Körber

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Ursula Sowa

Staatsminister Christian Bernreiter

Abg. Florian von Brunn

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 09

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27149 mit 18/27158)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/27146 mit 18/27148)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27109 mit 18/27129)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27159 mit 18/27176)

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/27130 mit 18/27145)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27100 mit 18/27108)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/27175 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Georg Winter für die CSU-Fraktion. – Ich erinnere Sie daran: Bitte etwas mehr Ruhe im Plenum. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen, meine Damen und Herren! Was ist die größte Veränderung und was ist das Neueste im Etat des Bau- und Verkehrsministeriums? – Künftig können wir Bürgerin-

nen und Bürger für 49 Euro im Monat deutschlandweit – Fernzüge ausgenommen – unterwegs sein. Für die Pendlerinnen und Pendler, für die Schülerinnen und Schüler und für uns alle bedeutet dies eine enorme Erleichterung, wenn wir mit Bus, Bahn, Straßenbahn, S-Bahn oder U-Bahn unterwegs sind. Das Ganze wird bezahlbar und der Umstieg von verschiedenen Verkehrsträgern erleichtert, weil der Ticketwechsel außerhalb der Verbünde entfällt.

Sinnvoll ist das Ganze aber nur dann, wenn es nach 2023 fortgesetzt wird. Deshalb ist es gut, dass der Bund für 2024 die Zusage gegeben hat, auch im kommenden Haushaltsjahr die Hälfte mitzufinanzieren. Für den Freistaat Bayern bedeutet dies, dass er für das laufende Haushaltsjahr und 2024 insgesamt 635 Millionen Euro bereitstellt. Toll finde ich die Idee im Landkreis Günzburg, dass alle Schülerinnen und Schüler das Ticket erhalten, unabhängig davon, ob der Anspruch für die Einzelkarte günstiger oder teurer wäre. Das ist eine gute Sache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt wissen wir und auch Sie alle, wenn Sie Bahn fahren, aus der Zeit des 9-Euro-Tickets, dass die Bahn beim Ansturm der Bürgerinnen und Bürger restlos überfordert war. Wie hoch die Überforderung mit dem 49-Euro-Ticket ausfallen wird, wird die Praxis ab dem 1. Mai zeigen.

Gewiss ist doch, dass unser Schienennetz der Anforderung nach einer Sicherstellung eines zuverlässigen Bahnverkehrs nicht gerecht wird. Angesichts meiner persönlichen Erfahrungen in 33 Jahren bei Fahrten vom Stimmkreis in den Landtag kann ich nur sagen: Es war noch nie so schwierig wie aktuell, mit der Bahn nach München zu kommen,

(Zustimmung des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU) – Unruhe)

ob die Oberleitung ausfällt, die Weichenstellung nicht funktioniert – der Kollege stimmt zu, er ist auch betroffen – oder der Zug defekt ist. Ob ein paar Grad minus plus Regen die Ursache sind, mag dahingestellt sein. Ergebnis: "mangelhaft" bis "ungenügend". In der Schule bedeutet dies: Vorrücken gefährdet.

Deutschland stand für Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Sicherheit. Leider müssen wir davon große Abstriche machen. Unser Ziel sollte und muss es sein, dass wir genau diese Werte baldmöglichst wieder erfüllen.

(Anhaltende Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Winter, auch wenn Ihre eigene Fraktion maßgeblich daran beteiligt ist, möchte ich Ihnen doch etwas Ruhe gönnen.

Georg Winter (CSU): Das ist immer so. Mit den eigenen Leuten, Herr Präsident, ist das am schwierigsten. Das kennen wir alle im politischen Geschäft.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich bitte doch aus Respekt vor allen Rednern um etwas mehr Ruhe im Saal.

Georg Winter (CSU): Ich habe immer Verständnis für jeden, der sagt, er nutzt die Zeit außerhalb. Das kann ich verstehen.

Sinn ergibt das Ganze, wie gesagt, nur, wenn Investitionen in die Infrastruktur wirklich nachhaltig gesteigert werden. Bisher warten wir noch auf die Berliner Ampel; denn sie war drei Tage beieinander und hat die Haushaltszahlen ausgeklammert. Das ist auch eine gute Idee, um zu Ergebnissen zu kommen. Aber ich kann nur sagen: Im Moment ist die Ampel weit davon entfernt, den Investitionshochlauf der CSU-Verkehrsminister zu erreichen, egal ob bei der Schiene oder bei der Straße. Es wäre schön, wenn das auch noch mit einer grünen Beteiligung stattfindet. Die Messlatte steht. Wir brauchen Baurecht bei der Bahn, und wir brauchen schnelleres Baurecht. Es darf nicht mehr die bisherige Übung geben, dass wir erst mit dem Planen anfangen, wenn das Geld auf dem Tisch liegt. Dann dauert es mit der Planung 5, 10 oder mehr Jahre. Wir wissen alle, wohin das führt. Das bringt keinen Fortschritt.

Bleibt die Frage: Woher das Geld nehmen? Meine Anregung wäre, dass wir es unseren Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihr Geld in Deutschland zu investieren und dort sicher anzulegen. Nur wäre dann die Bitte an die Ampel, nicht wieder zu sagen:

Das ist Privatisierung. Dann wird das aus ideologischen Gründen abgelehnt. Das wäre falsch, und das wäre schade.

Was zeichnet diesen Haushalt noch ganz besonders aus? – Das ist die Tatsache, dass wir für den Wohnungsbau in diesem Jahr 1.007.000.000 Euro eingeplant haben. Also: Unsere Wohnungsbaumilliarde ist ein echtes Highlight in diesem Etat. Der Bau- und Verkehrsetat hat samt Nachschubliste mit 27,4 % die höchste Steigerungsrate im Bayerischen Staatshaushalt. An dieser Stelle ganz herzlichen Dank an Staatsminister Christian Bernreiter für seinen enormen Einsatz. Sie, Herr Staatsminister, haben im Bau- und Verkehrsressort eine große Verantwortung übernommen. Als langjähriger Landrat und Präsident des Landkreistages bringen Sie breite politische Erfahrung ein, sodass Sie einen reibungslosen Start hinlegen konnten und in den zurückliegenden 13 Monaten bewiesen haben, dass das Haus bei Ihnen in guten Händen ist. Ihnen und Ihren Mitstreitern im Ministerium herzlichen Dank für die kompetente und zuverlässige Arbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zusammenfassung aller Verkehrsbereiche von der Schiene bis zur Straße, von der Luft bis zum Wasser erwies sich als äußerst sinnvoll. Damit hat Ministerpräsident Markus Söder eine wichtige organisatorische Verbesserung in der Ressortgestaltung vorgenommen. Dieser große Aufgabenkomplex hat dazu geführt, dass das Ministerium in den zurückliegenden fünf Jahren etatmäßig um 50 % gewachsen ist, konkret heißt das, das Volumen ist von vier Milliarden auf sechs Milliarden Euro angestiegen. An dieser Stelle herzlichen Dank an unseren Finanzminister Albert Füracker dafür, dass er diesen wichtigen Aufgaben wie der Modernisierung der Infrastruktur und dem Anspruch auf bezahlbares Wohnen aufgeschlossen gegenübersteht.

Zu den Themen Städtebauförderung und Straßen wird der Kollege Schwab noch Stellung nehmen. Nur so viel an die Adresse der GRÜNEN, die gelegentlich vor Ort den Bahnausbau blockieren: Da Sie bei den Staatsstraßen immer den Eindruck erwecken,

wir würden alles Geld in neue, große Trassen schieben, sage ich konkret: 90 % gehen in den Bestand, in die Erhaltung, nur 10 % in neue Entlastungsstraßen.

Verehrte Kolleginnen, werte Kollegen, mit der Verabschiedung des Etats 2023 tun wir viel für die Barrierefreiheit und leisten einen wichtigen Beitrag beim Flächensparen. Letzteres erreichen wir dadurch, dass wir jetzt selbstständige Radwege fördern und damit das vorhandene Wegenetz in Anspruch nehmen können. Auf diese Weise sind wir umweltschonend unterwegs.

Wichtig und neu im Finanzausgleichsgesetz mit dem Sonderbaulastprogramm ist, dass Bahn und Bus barrierefrei erreicht werden können und die Zugänge zu unseren Schienen auf kurzem Weg barrierefrei möglich sind. Dazu leistet die Sonderbaulast einen entscheidenden Beitrag. Was machen wir hier? – Neben den Baukosten werden dort auch die aufwendigen Planungsausgaben und die Ablösebeträge, die an die Bahn zu zahlen sind, mitgefördert, mitfinanziert. So ist es für unsere Kommunen möglich, dass sie sich mit einem erträglichen Eigenanteil für den ÖPNV und für den SPNV engagieren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Markus Büchler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich fasse mich kurz; denn dem Herrn Staatsminister pressiert es: Er muss her nach noch, wie ich gelesen habe, im Bayerischen Fernsehen für den Brennernordzu-
lauf werben. Das ist ein Punkt, wo wir beieinander sind.

Ich habe im Übrigen im Verkehrsteil – das wird Sie vielleicht überraschen – noch ein paar Punkte gefunden, wo wir uns eigentlich einig sind und dieselben Ziele haben. Sie wollen zum Beispiel den Radverkehr auf einen Anteil von 20 % nach oben treiben. Sie

wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV verdoppeln. – Das ist super, das wollen wir auch. Sie wollen klimaneutral werden bis 2040. – Das ist genau unsere Stoßrichtung. Sie wollen die Verkehrssicherheit erhöhen – genau unser Ziel.

Wir sind bei den Zielen eigentlich ganz nah beieinander. Aber ich sage Ihnen: Mit dem Verkehrshaushalt, den Sie vorgelegt haben, werden Sie genau diese Ziele krachend verfehlen und auch da Ihre Versprechen brechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bleiben wir bei diesen Beispielen aus dem Radverkehr. Das Ziel, 40 Millionen Euro im Jahr für den Radverkehr auszugeben, stammt noch aus Zeiten, als Joachim Herrmann zuständig war und es noch gar kein Verkehrsministerium gegeben hat, als das noch die Oberste Baubehörde war. Damals ist das verkündet worden. Seitdem hat es keine substanzielle Aufstockung gegeben. 40 Millionen Euro für den Radverkehr in ganz Bayern – da werden wir die Zahl von momentan nur 11 % Radverkehrsanteil ganz bestimmt nicht in den verbleibenden zwei Jahren, was Ihre Zielmarke war, auf 20 % erhöhen. Dafür brauchen wir wesentlich mehr Geld für sichere Radwege, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder auch das Beispiel ÖPNV: Wir haben rund 100 kommunale Aufgabenträger, Landkreise und kreisfreie Städte. Meine Damen und Herren, die ÖPNV-Zuweisungen belaufen sich auf ungefähr 100 Millionen Euro, also ungefähr 1 Million Euro pro kommunalem Aufgabenträger. Das ist angewandte Homöopathie, wenn man sich das anschaut und sich vorstellt, dass da auch die Landeshauptstadt München und andere große Städte und große Flächenlandkreise dabei sind. Wenn man sich anschaut, wie viel von den tatsächlichen Kosten die ÖPNV-Zuweisungen des Freistaats Bayern über die Jahre hinweg eigentlich abdecken, sieht man, dass das immer weniger wird. Was Sie den Kommunen geben für den ÖPNV im ganzen Land, in den Städten und auf

dem Land, schmilzt prozentual dahin wie das Gletschereis im Hitzesommer, meine Damen und Herren. Da brauchen wir mehr Geld, um die Verkehrswende zu schaffen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Georg Winter (CSU))

Klimaneutralität bis 2040 ist ein wahnsinnig ambitioniertes Ziel, für das wir sehr viel tun müssen. Aber mit mehr Straßen werden wir das ganz bestimmt nicht erreichen. Selbst dann, wenn die Autos klimaneutral unterwegs sind mit erneuerbaren Antrieben – ein Auto ist und bleibt das ineffizienteste Verkehrsmittel im Vergleich zu den anderen Verkehrsmitteln, im Vergleich zum ÖPNV, mit dem man dort, wo viel Verkehr ist, bündeln kann.

Deswegen müssen wir den ÖPNV nach oben führen und den Radverkehr stärken. Nur dann werden wir die Klimaziele 2040 erreichen. Mit mehr Straßenbau – 100 Millionen Euro mehr, wie es jetzt im Haushalt steht – erreichen wir das nicht. Klar, man muss viel sanieren. Das wollen wir auch. Aber Sie haben im Staatstraßenausbauplan eben massenhaft neue Straßen und Ausbauprojekte drin. Damit werden wir die Klimaneutralität 2040 sicher massiv verfehlen.

Sie können das heute aber noch korrigieren. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu. Dann sind wir beieinander und erreichen die Ziele, die wir gemeinsam teilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Manfred Eibl für die Fraktion FREIE WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben da Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Einzelplan 09, Bauen, Wohnen und Verkehr. Die Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum zählt zu den elementarsten Herausforderungen unserer Zeit. Dieser Aufgabe und Verantwortung stellen wir uns, und dies nicht nur in urbanen oder

suburbanen Räumen Bayerns, sondern in ganz Bayern. Das sage ich hier ganz deutlich.

Durch den aktuell festzustellenden Rückgang bei der Genehmigung und auch bei der Errichtung von Einfamilienhäusern wird der Geschosswohnungsbau vor allem in ländlich geprägten Regionen eine neue und große Bedeutung erhalten. Die Staatsregierung schafft mit dem Wohnbau-Booster und dem neu geschaffenen Bayerndarlehen eine wichtige Voraussetzung, um Kommunen, Privatinvestoren und Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen trotz der momentanen Baupreise, der Energiekostenentwicklung und der Inflation Investitionen zu ermöglichen. Die Rahmenbedingungen für den Bau und die Wohnungswirtschaft müssen so gestaltet werden, dass Bauen und Wohnen bezahlbar bleiben. Die Wirtschaft und die privaten Haushalte dürfen nicht überlastet werden.

Wie bereits mein Vorredner angekündigt hat, erreicht die staatliche Wohnungsbauförderung einschließlich des kommunalen Wohnraumförderungsprogramms, der Studentenwohnraumförderung und der Holzbauförderung ein neues Rekordniveau. Insgesamt wird im Haushalt 2023 erstmals die Wohnbaumilliarde erreicht. Sie wird vom Land, vom Bund sowie aus Eigenmitteln der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt finanziert.

Die Programme der bayerischen Städtebauförderung können ohne Übertreibung als eines der wichtigsten Förderinstrumente für Bayerns Kommunen bezeichnet werden. Nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch bedeutende Einrichtungen, die der Daseinsvorsorge dienen, werden mit hohen Fördersätzen unterstützt. Damit ist das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm von elementarer Bedeutung für die positive Entwicklung unserer bayerischen Kommunen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu Mobilität und Verkehr: Für uns FREIE WÄHLER ist es entscheidend, die Verkehrswende mit einem intermodalen Ansatz umzusetzen. Unser Ziel sind aufeinander abge-

stimmte verkehrsträgerübergreifende Konzepte in der Zuständigkeit von Verkehrsverbänden. Hier ist es entscheidend, nicht nur auf ein Verkehrsmittel zu setzen. Jede Region in Bayern hat unterschiedliche Voraussetzungen und Gegebenheiten. Wir müssen auf die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse der Menschen vor Ort differenziert eingehen. Eine adäquate Mobilität entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unserer Teilregionen in Bayern.

Aus diesem Grunde ist es uns FREIEN WÄHLERN wichtig, dass wir notwendige Entwicklungs- und Lebensadern – ich nenne hier bewusst das Wort Staatsstraßen – weiterhin den Bedürfnissen und Erfordernissen unserer Zeit anpassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb sind die dafür vorgesehenen annähernd 500 Millionen Euro mehr als gerechtfertigt. Herr Kollege Büchler, auch die GRÜNEN sind mittlerweile beim Thema Straßenbau wieder in einer anderen Richtung unterwegs.

(Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sind sie nicht!)

Die GRÜNEN sind nämlich jetzt auch für Klimautobahnen Plus – eine neue Bezeichnung. Sie haben dem Kind einen neuen Namen gegeben, aber das ist eine klare Ausrichtung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, die finanziellen Mittel für den SPNV erhöhen sich im Jahre 2023 deutlich auf 1,72 Milliarden Euro und bilden damit deutlich die Bedeutung ab, die die Bayerische Staatsregierung dem Schienenpersonennahverkehr beimisst. Für die Einführung des 49-Euro-Tickets ab dem 1. Mai dieses Jahres werden aus Landesmitteln 270 Millionen Euro bereitgestellt. Das ist ein bedeutender Beitrag zu diesem Ticket.

Für das 365-Euro-Jugendticket werden 22,5 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, sodass sich der Gesamtbetrag auf 102 Millionen Euro erhöht. Auch der allgemeine ÖPNV wird weiterhin umfänglich unterstützt. Dies wird mit der ÖPNV-Strategie 2030 deutlich zum Ausdruck gebracht. Gemeinsam mit dem Zukunftsrat ÖPNV, einem Expertengremium, dem Vertreter der Kommunen, der Politik, der Verkehrsunternehmen, der Verbände und Interessenvertreter angehören, wird die Zukunft des ÖPNV gemeinsam konzipiert.

Besonders der Nahverkehr spielt bei der Mobilitätsentwicklung Bayerns eine bedeutende Rolle. Auf kurzen bzw. mittleren Strecken ist das Rad ein schnelles und vor allem klimaneutrales Fortbewegungsmittel. Schon heute wird der Ausbau von Radwegen durch den Freistaat umfänglich gefördert.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung zum Einzelplan 09 des Haushaltsentwurfs.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Eckdaten des Einzelplans: Die Ausgaben steigen von 4,6 Milliarden Euro um 26,5 % auf 5,9 Milliarden Euro. Das liegt unter anderem daran, dass das Wohngeld von 140 Millionen Euro auf 545 Millionen Euro steigt. Jeder kann sich ausrechnen, warum das so ist. Hinzukommt das Deutschlandticket mit 540 Millionen Euro.

Unterfinanziert sind auch das Verkehrswesen und der Straßenbau, trotz leichter Erhöhungen gegenüber dem Vorjahr. Wir müssen aber auch über marode Brücken,

Schlaglochstraßen, einen mangelhaften ÖPNV, Zehntausende fehlender Wohnungen, eine einbrechende Bauwirtschaft und die BayernHeim reden. Kurz machen kann ich es bei der BayernHeim: Sie ist ineffizient, teuer und völlig überflüssig. Darum gehört sie auf den Scheiterhaufen.

Länger müssen wir über die zweite Stammstrecke reden, die zu einem der größten politischen und finanziellen Skandale in der bayerischen Nachkriegsgeschichte geworden ist. Sogar der stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Herr Baumgärtner, hat heute im "Münchner Merkur" öffentlich verkündet, dass er mit Kosten in Höhe von 14 Milliarden Euro oder noch mehr rechnet. Wir können also bei diesem Großbauprojekt noch viele böse Überraschungen erwarten. Hier wurde der Kosten-Nutzen-Faktor schöngerechnet.

Auch wenn das immer wieder bestritten wird: Die zusätzlichen Milliarden, die der Freistaat finanzieren muss, werden im ländlichen Raum an anderer Stelle fehlen. So gehört beispielsweise Dingolfing-Landau zu den fünf Landkreisen, die in Deutschland am schlechtesten mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind.

Sehr schlecht steht es auch um die bayerischen Staatsstraßen. Mehr als ein Drittel davon sind laut der "Welt" vom 9. Mai 2021 sanierungsbedürftig. Auch der bauliche Zustand der Brücken ist sehr schlecht. 156 Brücken müssten dringend saniert werden. Hier wurde in den letzten Jahren viel versäumt. Darum fordern wir für den Haushalt 2023 nahezu eine Verdopplung der Finanzmittel für den Neubau und die Sanierung der Staatsstraßen.

(Beifall bei der AfD)

Übrigens: Elektroautos, die mit Kohlestrom fahren, bringen absolut nichts. Gleiches gilt für die Wärmepumpen, über die kürzlich auch ein interessanter Artikel im "Münchner Merkur" zu lesen war.

Für die Beschleunigung des Wohnungsbaus muss wesentlich mehr getan werden. Regulierungswut, der Sanierungszwang der EU und Heizungsverbote, die in den letzten Koalitionsverhandlungen schwammig hinausgeschoben worden sind, überfordern Eigentümer, Bauherrn und Mieter. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen ist so stark eingebrochen wie seit fast 16 Jahren nicht mehr. Im Januar 2023 wurden nur noch 21.900 Wohnungen genehmigt, 26 % weniger als im Januar 2022. Das ist der größte Rückgang seit April 2007 und der neunte Rückgang in Folge. In Deutschland fehlen 700.000 Wohnungen.

Wir brauchen mehr Förderung für den sozialen Wohnungsbau und für kommunale Wohnbaugenossenschaften. Weiter fordern wir, dass die degressive Abschreibung von 8 % für den institutionellen Wohnungsbau wieder eingeführt wird. Wir fordern außerdem die Wiedereinführung der Eigenheimzulage, um den Eigenheimbau massiv zu fördern, der ebenfalls massiv eingebrochen ist.

Die Grunderwerbsteuer und die Energieeinsparverordnung müssen abgeschafft oder zumindest ausgesetzt werden. Gleiches gilt für die Auswüchse bei der Barrierefreiheit, damit nicht auch noch über Barrierefreiheit in den oberen Stockwerken nachgedacht wird. Brandschutz und Wärmedämmung müssen zurechtgestutzt werden. Auch bei der Erbschaftsteuer muss dringend gehandelt werden. Immer mehr Erben werden ihre geerbten Immobilien verkaufen müssen, weil sie sich diese Steuer einfach nicht mehr leisten können. Die AfD hat ihre Abschaffung schon 2016 gefordert.

Wir brauchen die vereinfachte Umnutzung und Aufstockung von bereits bestehenden Gebäuden. Außerdem muss die Nachverdichtung erleichtert werden. Zwangssanierungen, die niemand bezahlen kann – im Gespräch sind 770 Milliarden Euro –, Heizungsverbote, die die Baukosten weiter steigen lassen, und zusätzlicher Bürokratieaufbau würgen den Bausektor jetzt völlig ab. Scharf kritisieren muss man in diesem Zusammenhang die CO₂-Steuer, die schon wegen der Sanktionen infolge des Ukraine-Krieges die Energiepreise künstlich hochtrieb. Der vom Menschen verursachte CO₂-Ausstoß beträgt nach einer Studie der NASA nur etwa 3 bis 4 %.

Ich kritisiere auch die Umsetzung der Abstandsregelung und die Ausnahmen in der Bayerischen Bauordnung. Die BayBO wurde regelrecht unterminiert. Wir lehnen kategorisch auch die Grundsteuer C ab.

Die AfD bietet viele Lösungen im Bereich Wohnen, Bauen und Verkehr an, die kostengünstig, einfach und schnell realisiert werden können. Das beste Beispiel ist die Einführung von Mitarbeiterwohnungen; unser entsprechender Antrag wurde von Ihnen am 16. Juni 2020 abgelehnt. Ein solcher Antrag ist dann aber wiederum von der CSU und den FREIEN WÄHLERN am 14. Februar eingebracht worden. Das Abschreiben hat also über zwei Jahre gedauert. Wir freuen uns aber, dass wir gewirkt haben. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Inge Aures für die SPD-Fraktion. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mit einem Lob und einem Dank beginnen.

Bedanken möchte ich mich bei den Kollegen des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr, stellvertretend beim Kollegen Thorsten Schwab und dem Kollegen Eibl für das gute Miteinander. Der Kollege Jürgen Baumgärtner ist heute leider nicht anwesend.

Ich möchte des Weiteren etwas loben. Das Lob soll nicht dafür gelten, dass wir in dieser Amtsperiode schon die dritten Minister haben. Ich denke, wir müssen trotzdem nach vorne blicken. Man sieht einen kleinen Fortschritt, es gibt nämlich eine kleine finanzielle Aufstockung in diesem Haushalt. Ich möchte aber deutlich machen, dass wir damit nicht darüber hinwegtäuschen können, dass natürlich noch viele Wünsche offen sind und natürlich noch viele Hausaufgaben zu machen sind.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Zunächst einmal fordern wir als SPD schon seit Langem eine ehrliche Wohnbaumilliarde. Die Menschen in Bayern warten auf bezahlbaren Wohnraum. Warum sage ich: Wir fordern eine ehrliche Wohnbaumilliarde? – Die FREIEN WÄHLER und die CSU haben den Vorstoß übernommen und kündigten zwar den sogenannten Wohnbau-Booster an; aber ich frage Sie: Was ist daraus geworden? Ist das ein Desaster? Ich möchte daran erinnern, dass Wohnen ein Grundrecht und kein Luxusgut ist – das muss man sich einfach noch mal vergegenwärtigen –, und zwar vor allem für viele junge Familien.

(Beifall bei der SPD)

Es wird immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden, und zwar nicht nur in den Metropolen. So gilt dies besonders für diesen Bau- und Wohnbereich. Deshalb muss ich sagen: Nur durch Sprücheklopfen ist noch kein Haus gebaut worden. Die BayernHeim ist der größte Flopp für Herrn Söder.

(Beifall bei der SPD)

Er hat eine große Lippe riskiert. 10.000 neue Wohnungen hat er versprochen; gerade einmal 234 Wohnungen hat er gekauft – nicht einmal selber gebaut! Ich frage Sie: Was ist da draußen in der Wirtschaft los? Warum tut sich hier nichts? Ich habe bisher leider noch nicht gehört, wer dafür die Verantwortung übernehmen will.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, man darf nicht nur die Lippen spitzen und die Backen aufblasen, sondern man muss dann auch pfeifen. Ich denke, es ist unstrittig, dass wir gerade im kommunalen Wohnungsbau bezahlbaren Wohnraum brauchen. Der Wohnungsbau muss oberste Priorität haben.

(Beifall bei der SPD)

Ganz besonders brauchen wir auch für Studierende und Azubis geeignete Wohnformen. Dazu müssen die Anforderungen der heutigen Zeit zugrunde gelegt werden, und zwar mit ökologischen Kriterien. Dazu braucht man aber auch neue technische Ideen,

um den Klimaschutz mit modernen regenerativen Energien in die Tat umsetzen zu können. Leider hat die Staatsregierung die Landesmittel für die Wohnraumförderung gegenüber 2022 nicht erhöht. Ich möchte einmal betonen, weil Sie hier immer ein Ampel-Bashing betreiben: Der Bund hat seine Zuschüsse für den Freistaat erhöht. So muss Bayern weiterhin im Wohnungsbau konsequent eigene Förderungen auflegen, muss eigene Förderungen für die Familien und alle Wohnformen ausgeben; denn die derzeitige Situation auf dem Wohnungsmarkt erfordert ein zusätzliches engagiertes staatliches Handeln, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Tun Sie endlich das Richtige! Reden Sie nicht nur! Taten müssen folgen!

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD freuen uns, dass das 29-Euro-Ticket für Studierende und Azubis eingeführt werden soll. Die SPD-Fraktion hat bereits am 23. November 2022 einen Antrag dazu eingebracht. Die CSU-Mitglieder haben im Ausschuss mit ihrem Charme dafür gesorgt, dass er immer wieder vertagt worden ist. Nun haben wir das Ergebnis: Am 28. Februar 2023 ist unser Antrag abgelehnt worden. Warum sage ich das so detailliert? – Das ist nämlich ein Paradebeispiel dafür, wie die CSU arbeitet und mit den guten Ideen der Opposition umgeht.

Bei der Klausurtagung der CSU am 18. Januar 2023, also etwa zwei Monate, nachdem wir den Antrag eingebracht hatten, hat der Ministerpräsident in Kloster Banz unsere Ideen als die seinen verkauft. Jetzt könnte man fragen: Was will man denn mehr, wenn das Ziel erreicht wurde? Man braucht dazu aber auch die entsprechenden Finanzmittel. Was war das Ende vom Lied? – Es musste dann die sogenannte Nachschubliste erst einmal herhalten, weil man das Geld für das 29-Euro-Ticket nicht mit drin hatte. Also: Wir haben unser Ziel erreicht, auch wenn es ein wenig auf einem Umweg geschah. Das schadet uns aber nicht.

Ich denke, wir wollen über den Untersuchungsausschuss Stammstrecke heute nicht reden; dazu gibt es zwei Ausschüsse. Für uns ist aber wichtig, dass die Regionalisie-

rungsmittel des Bundes nicht in der Stammstrecke versickern. Darauf müssen wir großen Wert legen; denn wir wollen, dass wir im öffentlichen Personennahverkehr zwischen Stadt und Land einen gerechten Ausgleich haben.

Die ökologischen und ökonomischen Anforderungen der Verkehrswende werden uns noch einiges abverlangen. Das braucht aber eine zügige und konsequente Umsetzung. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf der Klimaschutz nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern wir fordern Sie alle miteinander auf, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und die Ankündigungsplattitüden endlich auf den Tisch zu legen.

Wir haben es gehört: "Sanierung von Brücken", "Sanierungen im Straßenbau" – die Liste ist so lang, dass sie eine kurze Rede sprengen würde. Deshalb appelliere ich an Sie alle: Helfen Sie mit, dass es im Freistaat vorwärtsgeht! Planungsbeschleunigung ist wichtig und notwendig. Wenn man aber in den Ministerien zu wenig Personal hat, dann tut sich dort auch nichts. Es braucht also auch in den entsprechenden Ministerien Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion. – Herr Körber, Sie haben das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Die Staatsregierung hat sich, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Jahren sehr ambitionierte Ziele gegeben. Der Kollege Büchler hat es ausgeführt: Klimaneutralität bis 2040, der Radverkehrsanteil solle von 11 % auf 20 % erhöht werden, 100-prozentige WLAN-Abdeckung in bayerischen Zügen bis 2018, Schaffung von jährlich 70.000 neuen Wohnungen, wobei die BayernHeim bis 2025 ja 10.000 eigene neu bauen sollte. Das Wohneigentum sollte mit der Eigenheimzulage und dem Baukindergeld Plus gestärkt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was haben alle diese Ziele gemeinsam? – Richtig: nichts. Man könnte auch einfach sagen: Sie sind alle krachend gescheitert! Die großen Themen Klimaschutz, Wohnungsmangel, Digitalisierung, alle diese großen Baustellen, Herr Staatsminister, finden sich im Haushalt leider nicht wieder. Wenn Sie sich schon damit brüsten müssen, dass es jetzt so ganz viel Geld wie nie zuvor gibt – der Kollege Eibl hat es wenigstens ein bisschen angesprochen –, adressiere ich an die CSU: Das sind Regionalisierungsmittel, Wohngeld, geförderter Wohnungsbau. Der Anteil des Bundes daran ist sehr beachtlich. Da gibt es übrigens, anders als behauptet wird, mehr Geld, als je ein Bundesminister der CSU zuvor bereitgestellt hat. Das ist doch eigentlich ganz gut für Bayern. Da kann man sich ja dann freuen.

Der Bund liefert hier auch. Es gibt ein Modernisierungs- und Beschleunigungspaket. Das haben Sie nur leider noch nicht erwähnt. Dann möchte ich das gerne noch tun. Stichworte sind: Technologieoffenheit, kein Gasheizungsverbot – das gilt für die Hauseigentümer –, kein Verbrenner-Aus, das ist gut für die Autofahrer. Es gibt moderne Schiene – das ist angesprochen worden –, Beschleunigung in dem Bereich der CO₂-freien Mobilität, E-Mobility, E-Fuels, Digitalisierung, sektorübergreifende Klimaziele und mehr Geld als jemals zuvor. Das alles sind doch gute Nachrichten für Bayern. Damit sich das noch ein bisschen manifestiert: Wir haben hier 144 konkrete Projekte, die blitzschnell umgesetzt werden können. Es sind an der A3, an der A8, an der A9, A92, A94 und A99 auch einige in Bayern. Herr Staatsminister, aufgemerkt: Das sind ja alles bayerische Autobahnen; die können Sie sicher noch alle abfahren. Wir sehen daran auch, dass wir bayerische Autobahnen ganz schnell voranbringen können. Das ist doch ein Erfolg, den die CSU in 16 Jahren Bundesverkehrsminister und Regierungsbeteiligung leider nicht geschafft hat.

(Beifall bei der FDP)

Das nur mal als ganz kurzer Punkt zur Bundesebene, bevor Sie wieder anfangen, mehr Geld vom Bund zu fordern und Ampel-Bashing zu betreiben. Aber greifen wir uns hier auf der bayerischen Ebene noch einmal Ziele heraus: Wir haben hier überall

kaum bezahlbaren Wohnraum. Sie zeigen immer nach Berlin. Ja, man muss leider die BayernHeim immer und immer wieder erwähnen, wobei es ja eigentlich gar nicht so viel zu erwähnen gibt; es geht ja nichts voran. 234 Wohnungen wurden zusammengekauft. Es ist ja langsam schon langweilig, das zu erzählen.

Noch viel schockierender ist aber die massive Steuerverschwendung, die hier immer an den Tag kommt. Herr Staatsminister, zuerst standen in Ihrer BayernHeim, die Ihnen Markus Söder eingebrockt hat, lange die eigenen Büroflächen leer. Jetzt finden wir heraus, dass die Gewerbeflächen, die Sie in den zwei Projekten in München angekauft haben, leer stehen. Wenn man sich noch anschaut, was erst unlängst eine Anfrage von mir aufgetan hat, dass Sie dort auch noch 300.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit ausgeben, um eine Homepage einzurichten und Unternehmensbroschüren zu drucken, dann fragt man sich doch schon. Das addiert sich auf über eine Million Euro an Steuergeldverschwendung auf, die allein in der BayernHeim zutage kommt.

Als zweites Thema möchte ich aus dem Verkehrsbereich die zweite Stammstrecke aufgreifen. Herr Staatsminister, ich hoffe, Sie gehen von selber darauf ein, um einmal die Zahlen, die gerade in den Raum gestellt worden sind, zurechtzurücken. Zuerst finden wir heraus, was Sie alles wann wussten. Dann sind es 7 Milliarden, vorher waren es weniger. Dann ist es nominalisiert noch einmal mehr. Jetzt sagt Ihre eigene Fraktion, dass es 14 Milliarden sein werden.

Also, ich mache mir da wirklich massive Sorgen um die ländlichen Räume in Bayern und wundere mich, warum die Kollegen von den FREIEN WÄHLERN da immer so zuschauen. Herr Staatsminister, wenn man das mal zusammenzählt, dann muss man kein Rechengenie sein, um zu wissen, dass wir mittlerweile etwa 450 bis 500 Millionen Euro zusätzliches Geld brauchen, um über die nächsten zehn Jahre allein abzufinanzieren, was da in der Stammstrecke an Geld verbuddelt wird. Ich frage mich da schon allen Ernstes, ob Sie sich hier heute wenigstens mal hinstellen und dafür garantieren können, dass die Regionalisierungsmittel, die Ihnen unter anderem der Bund bereitstellt, nicht alle in München vergraben werden. Ich möchte nämlich gerne Reaktivie-

rungen und Fahrplanverdichtungen in Oberfranken, in Niederbayern, in der Oberpfalz, in Unterfranken, in Restoberbayern, in Mittelfranken und vielleicht auch noch in Schwaben haben. Das wäre doch eigentlich etwas, wozu Sie sich bekennen sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ganz, ganz viele Änderungsvorschläge in den Haushalt eingebracht, die sehr, sehr gut wären. Leider haben Sie sie alle abgelehnt. Es ist wie immer: Nach einem Novellchen der Bayerischen Bauordnung kommt ein Einzelplänchen daher – ambitionslos, uninspiriert, fantasielos. Wir werden es daher auch ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Thorsten Schwab für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 09 des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr hat ein Gesamtvolumen von 5,9 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 1,2 Milliarden Euro und eine Steigerung von umgerechnet 27,4 %. Selbstverständlich fließen immer auch Bundesmittel in diesen Haushalt ein; das ist logisch. Es ist aber trotzdem ein Rekordhaushalt, den es in diesem Ressort so bisher noch nicht gegeben hat. Deswegen Gratulation an unseren Staatsminister Christian Bernreiter zu diesem großartigen Haushalt!

Die Kritik aus der Opposition kann eigentlich gar nicht so groß sein, weil es in allen Bereichen dieses Haushaltes Steigerungen gibt. Bei der Mobilität gibt es ein Plus von 237 Millionen Euro auf 1,7 Milliarden Euro. Bei den Staatsstraßen sind wir jetzt bei einem Plus von 498 Millionen Euro pro Jahr. Auch die staatliche Wohnbauförderung steigt; da sind jetzt 784 Millionen Euro im Haushalt. Mit der kommunalen Wohnbauförderung und der Prämie Holzbau kommen wir für den Wohnungs- und Wohnbau auf eine Milliarde in Bayern.

Also, herzlichen Dank an das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr. Danke an den Kollegen Georg Winter, der dieses Ressort als Haushälter während der letzten zehn Jahre begleitet hat. Es ist sein letzter Haushalt, weil er nicht mehr zur Wahl antritt. Er hat ja vorhin auch die Zahlen genannt. Sein großes Steckenpferd war immer der Bahnverkehr. Wir haben hier also einen soliden Haushalt mit Steigerungen in allen Bereichen. Danke, lieber Georg, für deine Unterstützung für den Haushalt in diesem Ressort!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Von den Oppositionskolleginnen und -kollegen sind natürlich ein paar Dinge angesprochen worden. Die Bemerkung von Inge Aures gebe ich gerne zurück. Wir haben im Ausschuss tatsächlich ein gutes Miteinander. Draußen auf dem Flur hat das vorhin auch gerade noch der Kollege Körber erwähnt. Wir sind ein sehr pragmatischer Ausschuss, in dem durchaus auch Anregungen der Opposition aufgegriffen werden.

Vom Kollegen Dr. Böhler ist Klimaneutralität bis 2040 angesprochen worden. Ja, das ist ein Ziel. Es ist ein Ziel, das vielleicht erreichbar wäre, wenn nicht die KfW-Förderung vom Bund dermaßen geschröpft worden wäre. Soweit ich mich erinnere, gehört der Klimaminister im Bund, der Bundesminister, doch zu den GRÜNEN. Wir würden uns wünschen, dass die KfW-Förderung wieder so kommt, wie sie vorher war.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Angesprochen worden sind die 100 Millionen Euro an ÖPNV-Zuweisungen für die Landkreise. Ja, das sind 100 Millionen Euro. Freilich könnte es für die Landkreise immer mehr sein. ÖPNV ist nun aber auch eine kommunale Pflichtaufgabe; da sind die Landkreise zuständig. Man darf bei den 100 Millionen Euro nicht vergessen, dass ja vom Freistaat Bayern an unsere Kommunen auch 11 Milliarden Euro an kommunalem Finanzausgleich bezahlt werden. Ich denke, da ist schon genügend finanzieller Spielraum.

Zur Kritik am Autoverkehr und Straßenbau: Unsere ÖPNV-Busse fahren im ländlichen Raum nun einmal auch auf Straßen. Das ist so. Man kennt das vielleicht nicht überall, aber es ist so. Wir brauchen Straßen, um dort Busse fahren zu lassen.

Zur zweiten Stammstrecke, die der Kollege Bergmüller angesprochen hat, und zur Äußerung von Jürgen Baumgärtner: Die 14 Milliarden sind eine Befürchtung von Jürgen Baumgärtner. Wir alle hoffen, dass wir da nicht hinkommen. Es gibt jetzt mehrere Gremien, die sich damit befassen: einmal der Untersuchungsausschuss, der zurück in die Vergangenheit untersucht, was vielleicht alles nicht optimal gelaufen ist; dann haben wir dieses Begleitgremium, den Unterausschuss, der den Bau für die Zukunft begleiten und mittragen soll. – Das Problem ist: Hier baut halt der Bund, die Bahn; die Rechnungen laufen durchs Bauministerium. Wir erhoffen uns deshalb vom Unterausschuss einfach mehr Kontrolle.

Ein Thema ist die BayernHeim. Wie vorhin schon gesagt, ist das ein Dauerthema. Wie Inge Aures gesagt hat: Wenn man die Lippen spitzt, muss man irgendwann auch pfeifen. Wir hoffen natürlich auch, dass die Wohnungen gebaut werden. Es sind viele Wohnungen in Planung. Der Kollege Körber und die Kollegin Inge Aures sind aber beide Architekten und wissen auch, dass schneller geplant als gebaut ist.

(Sebastian Körber (FDP): Na ja!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben insgesamt einen Haushalt in einem Ressort, das für Infrastruktur, für den Erhalt und für die Verbesserung von Infrastruktur steht. Wir haben Ballungsräume, die mit Wohnraum und ÖPNV bedient werden müssen. Wir haben einen ländlichen Raum. 115 Millionen Euro sind allein in der Städtebauförderung, dazu Bundesgelder und europäische Gelder, rund 350 Millionen. Ein großer Posten sind die Staatsstraßen und die Verkehrsinfrastruktur.

Insgesamt gilt es also festzustellen: Es gibt im Haushalt bei allen Positionen Steigerungen – ein starkes Signal für Bayern. Der Bereich Wohnen, Bau und Verkehr hat einen sehr soliden und zukunftsgerichteten Haushalt. Deshalb herzlichen Dank an un-

seren Bauminister Christian Bernreiter, an unseren Finanzminister Albert Füracker und an alle Beteiligten, die zum Gelingen dieses Haushaltes beigetragen haben. Ich bitte um Unterstützung für diesen Haushalt, Einzelplan 09.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat der Kollege Franz Bergmüller, AfD-Fraktion, das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Thorsten Schwab, Sie sind jetzt zwar selber schon darauf eingegangen, aber für mich ist die Antwort ein bisschen auf den Herrn Baumgärtner abgeschoben, quasi als Einzelmeinung; immerhin ist er Obmann Ihrer Fraktion im Bauausschuss und stellvertretender Vorsitzender im Untersuchungsausschuss. Er geriert sich da als verkehrspolitischer Sprecher und ist auch im Unterausschuss der Vorsitzende. Er stellt jetzt eine 14-Milliarden-Kosten-Spekulation in den Raum, und das Ministerium dementiert das heute durch einen Sprecher und sagt, diese Entwicklung sei nicht erkennbar. Wie ist denn Ihre persönliche Meinung dazu?

Thorsten Schwab (CSU): Wir sitzen alle im gleichen Ausschuss. Wir kennen den Jürgen Baumgärtner gut. Der Jürgen denkt halt einfach größer.

(Allgemeine Heiterkeit – Sebastian Körber (FDP): Können wir das bitte im Protokoll festhalten? – Beifall bei der CSU)

Wir hoffen aber natürlich, dass diese 14 Milliarden Euro nicht erreicht werden; da Sie aber gerade den Namen noch mal erwähnt haben: Bei dieser Gelegenheit wünschen wir ihm noch gute Besserung. Er ist nämlich erkrankt. Deswegen stehe ich heute hier.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ursula Sowa für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Ursula Sowa (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister Bernreiter! Was vorhin über das Klima im Bauausschuss gesagt wurde, möchte ich teilen. Das Klima ist gut; wir reden aber zu wenig über das echte Klima und darüber, dass wir uns tatsächlich als erstes Bundesland ein eigenes Ziel gesetzt haben, nämlich bis 2040 klimaneutral zu sein. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Ganz Deutschland will sich mehr Zeit lassen, nämlich bis 2045; wir haben aber nur 17 Jahre Zeit.

Was hat der Einzelplan 09 mit diesem Ziel zu tun? – Das Ziel ist ein sehr ambitioniertes, nämlich – ich zitiere –: Der Kampf um das Klima wird auf der Baustelle gewonnen oder verloren. – Dieses Zitat ist von Prof. Schellnhuber. Ich glaube, es ist sehr bekannt. Gewinnen oder verlieren? – Schauen wir uns mal Ihre Baustellen an, Herr Minister. Die energetische Sanierung staatlicher Gebäude böte ein riesiges Potenzial für den Klimaschutz. Wir brauchen hier mehr Tempo. Die Zeit drängt. Wir haben nur 17 Jahre bis 2040. Um Ihren eigenen Bestand zu sanieren, müsste man loslegen und ein richtiges Programm entwickeln, wie man Jahr für Jahr saniert. Ihre 6 Milliarden Euro, die Sie da in Ihrem Einzelplan haben, sind zwar eine Erhöhung des Etats um 26 %, aber leider nur durch Bundesmittel. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Diese 6 Milliarden Euro reichen hinten und vorne nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie Vorbild sein wollen, dann müssen Sie Ihre Ämter richtig mit finanziellen Mitteln ausstatten, damit die energetische Sanierung systematisch vorangetrieben wird. Das spart künftig Geld und macht unabhängig von steigenden Energiepreisen.

Herr Bernreiter, zu Ihrem Rat in Richtung Berlin habe ich auch heute gelesen: Sie sagen, erst solle man 700.000 Wohnungen bauen und dann erst – ich zitiere – das

freilich wichtige Thema der Sanierungen angehen. Um Gottes willen! Bis wir diese 700.000 Wohnungen haben, ist 2040, glaube ich, schon längst erreicht. Hier sind Sie also auf einem ganz falschen Weg. Ich kann Sie nur ermuntern, die Sanierungen anzugehen. Wenn Sie die Klimaschutzziele im Gebäudebereich erreichen wollen, sollten doch gerade die staatlichen Hochbauten eine Vorbildfunktion einnehmen. Sie könnten die Sanierung Ihrer staatlichen Gebäude nicht mehr schleifen lassen, sondern wirklich unterstützen. Da könnten Sie zeigen, wie Sanierung geht und wie man Energie sparen kann. Wir wollen hier im Haushalt Verstärkungsmittel in Höhe von 750 Millionen Euro bereitstellen. Ohne die wird es einfach nicht gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Begrünung von Gebäudefassaden und -dächern, das Thema Schwammstadt, das wäre etwas, wo Sie sofort loslegen und an Ihren eigenen Gebäuden zeigen könnten, wie es ginge. Sie haben lächerliche 30 Projekte von etwa 2.000 Gebäuden in der Mache. Das sind Globuli. Damit können Sie keinen Staat machen.

(Beifall des Abgeordneten Paul Knoblach (GRÜNE))

Wir wollen hier wirklich etwas zulegen und einen gehörigen Batzen im Haushalt drauflegen. In die Bayerische Bauordnung wurden auch Neuregelungen aufgenommen. Die sind ganz positiv. Darin heißt es, dass die im Eigentum des Freistaats stehenden Gebäude und Flächen angemessen begrünt und bepflanzt werden sollen. Also machen Sie bitte Ihre eigenen Hausaufgaben.

Dann komme ich zum sozialen Wohnungsbau. Hier hat die Ampelkoalition 14,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Was Sie jetzt vom Bund bekommen, sind etwas gerundet 400 Millionen Euro. Sie schmücken sich damit, jetzt einen Booster mit einer Milliarde Euro aufzubauen; diese Milliarde ist aber ein Fake und unterm Strich auch viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern haben wir gerade durch die Energiekrise und die Rekordinflation zwei große Baustellen, und zwar eine ideelle und eine wirkliche. Die sollten Sie im Auge behalten. Ich erinnere daran, dass wir weiterhin 18.000 Menschen haben, die wohnungslos sind. Wir haben 20 % mehr Zwangsräumungen, und auch viele Studentinnen und Studenten brauchen nach wie vor ein Dach über dem Kopf. Dazu finden wir nichts in Ihrem Einzelplan. Beim studentischen Wohnen ist zwar eine kleine Erhöhung da; das reicht aber natürlich hinten und vorne nicht. Wir möchten gerne die Landesmittel für die Wohnraumförderung inklusive der Studierenden-Wohnraumförderung mit 30 Millionen Euro Ausgabemitteln und 135 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung anheben. Langfristig müssen wir das auf hohem Niveau verstetigen.

Ich komme noch zur Städtebauförderung. Damit schmücken Sie sich auch. Ich habe in meinem Fach eine Broschüre von Ihnen gefunden, in der es heißt, dass Sie die Städtebauförderung ernst nehmen und auch als wichtig empfinden; wir haben es aber durchgecheckt:

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Ursula Sowa (GRÜNE): Das ist nicht mehr Geld als sonst, Sie gehen vom gleichen Etat aus. Wenn ich eine Milliarde Euro sage, was den Kosten für einen Konzertsaal entspricht, dann sind diese Städtebaufördermittel viel zu gering angesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch der Staatsminister Christian Bernreiter. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Kommen wir wieder zur Realität zurück. Frau Sowa, das war jetzt eine Wunschliste.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, ich muss mich leider korrigieren. Das war mein Fehler. Eine Zwischenbemerkung lag vor. Ich bitte um Entschuldigung. – Frau Kollegin Sowa, ich muss Sie bitten, noch mal – – Nein, das war bei ihm. Dann ist alles gut. Dann machen wir weiter.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Fahren wir fort: Meine Damen und Herren, 2023 ist das dritte Jahr in Folge mit großen Herausforderungen. Die brauche ich nicht aufzuzählen. Sie kennen sie alle. Wir haben hohe Material- und Energiekosten. Die belasten unsere Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und auch die öffentliche Hand. Die Inflation und die steigenden Zinsen erschweren viele Projekte. Insbesondere erleben wir eine starke Konjunkturertrübung am Bau. Vorher hat Herr Kollege Eibl es angesprochen: Bei Ein- und Zweifamilienhäusern herrscht ein regelrechter Baustopp. Der Bund entzieht sich in dieser Lage nicht nur völlig seiner Verantwortung, sondern er verunsichert auch zusätzlich die Menschen in Bayern und in Deutschland. Mit unausgegorenen Ideen wie Sanierungszwängen,

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Öl- und Gasheizungsverboten und inkonsequenten Förderbedingungen am Wohnungsbau bremst die Ampel ganz Deutschland. Ich habe mir das heute angeschaut. Ich habe das heute nachgelesen. Ich bin gespannt, was die Vereinbarungen der letzten Nächte in der Praxis bedeuten.

(Florian von Brunn (SPD): Wann werden denn in Bayern Beschlüsse gefasst und nicht bloß Blabla gemacht?)

Wann die bisher geplanten Belastungen für Bauherren und Wohnungseigentümer vom Tisch sind, steht in den Sternen. Wir in Bayern halten dagegen: Wir wollen auch in schwierigen Zeiten große Zukunftsaufgaben anpacken. Deshalb steigern wir unser Investitionsbudget massiv. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte im Haushalt und unterstützen unsere Bürgerinnen und Bürger konkret.

Zu den Haushaltszahlen: Das Gesamtvolumen steigt auf 6 Milliarden Euro. Damit steigt unser Budget um rund 1,3 Milliarden Euro. Das ist ein sattes Plus von 27,4 %. Frau Kollegin Aures, Sie haben gesagt, a bisserl Erhöhung. Ich weiß nicht. Herr Kollege Füracker hat mir gesagt, er habe noch nie eine solche Erhöhung mitgemacht. Er hat schon immer einen Bogen um mich herumgemacht. Dieser Haushalt gibt uns deutlich über die Preissteigerung hinaus Gestaltungsspielraum für unsere Kernbereiche. Mit unserem Wohnraum-Booster Bayern investieren wir erstmals über 1 Milliarde Euro in die Wohnraumförderung. Davon – das können Sie jetzt noch so schlechtreden – sind 618 Millionen Euro Landesmittel. Während die Bundesregierung ihre eigenen Wohnungsbauziele aufgibt – 400.000 sind nicht mehr zu erreichen, die KfW-Förderung hat man massiv gekürzt –, geben wir die richtige Antwort auf die soziale Frage unserer Zeit. Zusätzlich legen wir unseren Fokus verstärkt auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz.

(Beifall bei der CSU – Sebastian Körber (FDP): BayernHeim!)

Bei der Städtebauförderung stellen wir 348 Millionen Euro zur Verfügung.

(Sebastian Körber (FDP): BayernHeim!)

Davon sind auch 230 Millionen Euro Landesmittel.

In der Mobilität und im Verkehr investieren wir rund 2,7 Milliarden Euro: 1,7 Milliarden Euro in den Schienenpersonennahverkehr, 635 Millionen Euro fürs Deutschlandticket und 55 Millionen Euro für Tarifstrukturmaßnahmen und einen nachhaltigen ÖPNV.

Jetzt komme ich zu unserem Schwerpunkt 2023. Unser Haushalt setzt in diesen herausfordernden Zeiten die richtigen Prioritäten. Dafür investieren wir auch in unsere Bundes- und Staatsstraßen. In diesem Jahr stellen wir 450 Millionen Euro an Ausgabemitteln bereit. Das ist ein Plus von 29 % gegenüber dem Vorjahr. Dazu kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 225 Millionen Euro. Uns ist der Erhalt der Straßen sehr wichtig, weit mehr als die Hälfte geht in den Erhalt. Wir werden aber

auch künftig neue Straßen bauen, um bestehende Verbindungen zu verbessern und um die Bürgerinnen und Bürger, die durch Ortsdurchfahrten massiv belastet sind, zu entlasten. Den Kulturkampf gegen das Auto und die Straßen machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, gerade im ländlichen Raum brauchen wir ein gut ausgebautes und intaktes Straßennetz. Dafür brauchen wir auch in Zukunft eine leistungsfähige und sichere Straßeninfrastruktur.

Kommen wir zum SPNV und zum ÖPNV. Wir investieren auch massiv in den ÖPNV und die Schiene. Wir wollen die Menschen motivieren, öfter auf Bus und Bahn umzusteigen. Das geht aber nur mit einer modernen Infrastruktur und einem attraktiven Angebot und guten Tarifen. Die Zahlen im Haushalt sprechen eine deutliche Sprache. Ich habe es angesprochen, in den ÖPNV investieren wir 2,7 Milliarden Euro. Wir geben hier insgesamt Regionalisierungsmittel in Höhe von 1,7 Milliarden Euro aus. Herr Körber, die ergänzen wir mit Landesmitteln in Höhe von fast 100 Millionen Euro. Wir geben heuer aber null Euro aus Regionalisierungsmitteln für die Stammstrecke aus, um auch das ganz klar zu erwähnen. Das ist ein klares Bekenntnis zu einem attraktiven Schienenpersonennahverkehr. Wir stellen nicht nur Geld bereit, sondern wir kümmern uns auch um die Weiterentwicklung des Schienennetzes und des Bahnverkehrs. Wir starten viele neue Projekte. Um das Ganze abzukürzen, sage ich nur, HVO-Diesel, Neigezugtechnik. Wir investieren auch in unsere "MACH2-Initiative" für mehr Zweigleisigkeit im bayerischen Bahnnetz und jetzt, ganz neu, auch im Bereich der Werdenfelsbahn.

Gerade bei der Infrastruktur stiehlt sich der Bund aus seiner grundgesetzlichen Verantwortung. Er bremst mehr, als dass er anschiebt. Bestes Beispiel ist die Franken-Sachsen-Magistrale. Über das Thema haben wir schon lange und ausführlich diskutiert. Wir in Bayern schieben an, beispielsweise mit unserem Bahnprogramm "Bahnausbau Region München". Damit machen wir die Schieneninfrastruktur rund um

München fit für die Zukunft. Wir haben klare Zusagen der Bahn, dass hier in den nächsten Jahren 1,5 Milliarden Euro investiert werden. Einen erheblichen Anteil davon zahlen wir aus Mitteln des Freistaats Bayern.

(Sebastian Körber (FDP): Und der Rest Bayerns leidet!)

– Wir sind auch draußen unterwegs. Ich habe überall die Zusage gegeben, das können Sie nachlesen.

(Sebastian Körber (FDP): Ausbluten!)

– Das können Sie noch so oft sagen, es ist nun einmal nicht richtig.

Zu den Regionalisierungsmitteln möchte ich noch sagen: Ich habe letztes Jahr schlaflose Nächte gehabt. Um nicht abbestellen zu müssen, geben wir 38 Millionen Euro bayerisches Geld aus. Die Regionalisierungsmittel reichen eben nicht aus. Wir haben auch die Verpflichtungsermächtigungen auf den Stand von über 20,5 Milliarden Euro angehoben, damit wir in Zukunft auch die auslaufenden Verträge ergänzen können. Die Steigerung bei den Bestellentgelten beträgt 237 Millionen Euro.

Zum ÖPNV: Das Deutschlandticket ist mehrfach angesprochen worden. Es erfordert von uns Ausgaben in Höhe von 635 Millionen Euro. Wir bereiten den Start des Deutschlandtickets intensiv vor und sind dabei in engem Austausch mit den Kommunen. Wir begleiten sie zur rechtssicheren Einführung für den Start im Mai. Damit der Start auch bei den Bussen und den Straßenbahnen vor Ort klappt, haben wir als erstes Bundesland ein umfassendes Paket mit Mustervorlagen und FAQs an die Kommunen und die Verbände herausgegeben. Wir bieten auch Informationsveranstaltungen für die Kommunen an. Allein in dieser Woche finden fünf Termine statt, die wir entsprechend wahrnehmen, um mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dafür ein großes Lob an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die alles tun, um den Start jetzt zu ermöglichen.

Ich kann mich erinnern, Sie haben hier im Haus gesagt, wir sollen am 1. Januar starten. Wir sind deutschlandweit vorn. Viele haben sich unsere Erfahrungen zunutze ge-

macht und es damit vorangebracht. Auch beim Semesterticket für Studenten sind wir weit vor allen anderen. Ich bin sogar geschimpft worden, warum wir hier vorangehen und die anderen nicht mitnehmen. Wir haben das zugesagt, und wir setzen das auch entsprechend um. Es geht aber auch um die Folgejahre. Das ist das Thema im Bundesrat am Freitag. Es gibt einen einstimmigen Entschließungsantrag aller Länder. Alle 16 Länder haben zugestimmt. Wir haben den Antrag eingebracht. Wir brauchen ein Bekenntnis des Bundes, dass er die Hälfte davon auch im nächsten Jahr finanziert, auch wenn es die 1,5 Milliarden Euro übersteigt. Wir brauchen auch eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel. Also, 16 zu 0 ist der Entschließungsantrag durchgegangen.

Auch die Ampelkoalition hat das nun anscheinend erkannt. Ich habe gelesen: Nach dem billigen Ticket brauchen wir jetzt ein Angebot. Dafür sind schon ausreichend Mittel hinterlegt. – Nein, die Mittel reichen nicht aus.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wissen aber schon, dass die Länder für den Regionalverkehr zuständig sind!)

– Wer für was zuständig ist, das steht auch im Grundgesetz. Schauen Sie nach. Alle 16 Länder fordern mehr Regionalisierungsmittel, auch die, die von der SPD oder den GRÜNEN regiert werden. Wir brauchen das, damit wir deutlich vorankommen. Wir fördern die flexiblen Angebote vor Ort. 34 der 55 Landkreise sind dabei, vor Ort flexible Bedienformen anzubieten. Auch das unterstützen wir.

Auch beim Radverkehr kommen wir deutlich voran. Frau Kollegin Aures, wir geben nicht 40 Millionen Euro aus, sondern 50 Millionen Euro. Sie können es nachschauen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wir sind da deutlich vorangekommen. Wir haben uns dazu bekannt, bis zum Jahr 2030 1.500 Kilometer neue Radwege zu bauen. Die Regierungsfaktionen werden in Kürze auch ein Radgesetz einreichen, um das alles entsprechend zu untermauern.

Ich möchte auch noch etwas zum Bauen sagen. Sie ziehen den Wohnbau-Booster hier gern ins Lächerliche, aber in der Branche werde ich dafür sehr, sehr gelobt. Wir sind der einzige verlässliche Partner in diesem Bereich. Andere Bundesländer haben die Mittel gar nicht ausrollen können. Wir können sie vorantreiben. Von der 1 Milliarde sind 618 Millionen vom Freistaat. 365 Millionen Euro kommen aus Landesmitteln für Wohnraumförderung, 150 Millionen Euro sind für kommunale Wohnraumförderprogramme, 38 Millionen Euro sind für Wohnungen und Wohnplätze für Studierende, 35 Millionen Euro sind für die bayerische Holzbauförderung, und 30 Millionen Euro sind Eigenmittel der BayernLabo, die wir im Zinsverbilligungsprogramm zum Bayerndarlehen weiterentwickeln. Ich habe heute schon die ersten Anfragen bekommen. Auch das ist ein wichtiger Punkt, damit wir hier vorankommen.

Wir wollen auch keinen ideologischen Feldzug gegen das Wohneigentum. Bei uns in Bayern ist das Eigenheim kein Schimpfwort. Wir gehen da deutlich voran. Wir unterstützen auch die BayernHeim. Das können Sie noch so schlechtreden, wir sind auf einem sehr guten Weg. Bis Jahresende sind wir bei 5.400 Wohnungen, die fertig sind, die im Bau sind, die in der Planung und in der Umsetzung sind. Wir werden die 10.000 Wohnungen bauen, darauf können Sie Gift nehmen. Heuer haben wir zusätzlich 170 Millionen Euro aus dem Grundstock zugeführt. Wir haben eine Verpflichtungsermächtigung von 250 Millionen Euro im Haushalt, um die vielen Angebote, die hier täglich eingehen, verlässlich bedienen zu können.

Meine Damen und Herren, die "Welt" schreibt vor einer guten Woche: Deutschland stellt das Bauen ein. – Wir in Bayern stellen nichts ein. Unsere Investitionsquote ist hoch, und wir unterstützen auch unseren sozialen Wohnungsbau. Wir kommen da deutlich voran. Wir steigern unsere Investitionen kräftig.

Für mich ist der Haushalt 2023 die Grundlage für unsere Projekte beim Wohnungsbau, bei der Infrastruktur und auch beim ÖPNV. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hier hervorragende Arbeit. Ich sage Danke für diesen wirklich großen Einsatz. Der Haushalt ist ein Stabilitätsanker in dieser sehr unruhigen Zeit. In einem Wahljahr sind

alle immer sehr aufgeregt. In meinem Alter lässt man sich da nicht mehr aus der Ruhe bringen. Wir sind gut unterwegs, und wir arbeiten auch im Ausschuss sehr gut zusammen. Ich kann mich nur beim Finanzminister, der im Augenblick nicht anwesend ist, für das große Verständnis bedanken, dass man für all die großen Aufgaben auch das notwendige Geld braucht.

Ich habe gehört, Frau Sowa, Sie haben 750 Millionen und vieles mehr on top gefordert. Ich weiß nicht, wie Sie das alles unter einen Hut bringen möchten. Das sind für mich alles sehr unrealistische Wünsche. Wir sind in der Realität unterwegs, und zwar sehr gut mit einem nie da gewesenen Volumen. Also lassen Sie uns Bayern weiterbauen und weiterbewegen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Haushalt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit bei der Bewältigung der großen Aufgabe.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste hat Herr Kollege Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Minister Bernreiter, ich muss hier schon noch nachbohren. Herr Kollege Schwab hat es mit einem "typisch Baumgärtner" abgetan. Der Ministeriumssprecher hat verkündet, niemand kann heute seriös sagen, wie sich die Baupreise über diese lange Zeit entwickeln. Des Weiteren haben Sie 1,5 Milliarden Euro Risikopuffer angeführt. In der Zeitung von heute steht, dass Sie gewappnet sind. Nun frage ich Sie als Minister – also wir fragen nicht den Schmiedl, sondern wir fragen den Schmied –: Wie stehen Sie dazu, dass einer Ihrer führenden Bau- und Verkehrspolitiker so einen Joker heraushaut?

Das Zweite ist, am Freitag hat im Untersuchungsausschuss einer Ihrer Controller oder sogar der maßgebliche Controller, der zufälligerweise auch Baumgärtner heißt, zuge-

geben, dass das Controllingsystem für die S-Bahn-Stammstrecke nicht funktioniert, weil die Daten von der Deutschen Bahn nicht verwertbar sind.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Franz Bergmüller (AfD): Wie gedenken Sie zukünftig damit umzugehen?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich habe alle Fragen dazu im Ausschuss beantwortet. Ich habe das Protokoll nachgelesen; das können Sie auch finden, es ist alles nachlesbar. Ich habe es erst dieser Tage nachgelesen. Da steht alles entsprechend drin.

Ich kann diese Zahl, die ein Mitglied des Landtags einmal irgendwo genannt hat, nicht nachvollziehen, und ich bin auch kein Hellseher. Ich habe immer gesagt: In meinen Stellenplänen habe ich immer einen Hellseher vorgesehen; ich habe nur keine passende Bewerbung dafür gefunden. Die Bahn hat letztes Jahr – das ist noch nicht einmal ein Jahr her – die Zahl genannt: etwas mehr als 7 Milliarden Euro, 1,5 Milliarden Euro davon Risikopuffer.

Wir gehen so vor – das haben wir auch im Unterausschuss gesagt –, dass wir immer transparent darlegen, wie Sache entsprechend weiter aufwächst. Für den Bauabschnitt Marienhof – Ostbahnhof gibt es noch nicht einmal eine Planfeststellung. Wenn sie da ist, schauen wir uns natürlich die Ausschreibungen an. Dann kann man die Dinge bewerten. Dafür gibt es klare Regeln. – Ich kenne diese Zahl nicht, und sie ist auch in keiner Unterlage enthalten. Ich betrachte sie als jenseits von Gut und Böse, außer es stürzt ein Komet auf uns ein; wenn wir den auch noch wegbaggern müssten, würde es natürlich ein bisschen mehr kosten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für die nächste Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Sebastian Körber, FDP-Fraktion, das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Herr Staatsminister, wenn ich Sie gerade richtig verstanden habe – ich möchte Ihnen Gelegenheit geben, noch einmal darüber nachzudenken oder es vielleicht auch richtigzustellen –, haben Sie gesagt: Keine Regionalisierungsmittel fließen in die Stammstrecke.

Sie haben mir in der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage am 03.11.2022 – unter Frage 3.c), wenn Sie nachschauen wollen – geantwortet: Allein im Jahr 2021 sind 189 Millionen Euro aus Regionalisierungsmitteln in die Stammstrecke geflossen. – Vielleicht überlegen Sie noch einmal, was Sie gerade gesagt haben und ob das der Wahrheit entspricht oder ob ich mich vorhin getäuscht habe.

Die zweite konkrete Frage – ich habe dazu im Haushaltsgesetz bisher leider nichts gefunden –: Der Freistaat ist ja Auftraggeber. Deswegen hatte er bereits 2016 eine Durchfinanzierungserklärung abgegeben. Wann unterschreiben Sie denn die neue Durchfinanzierungserklärung? Oder hat Ihr Zögern vielleicht damit zu tun, dass es teurer wird, die U 9 im Weg steht oder es doch 14 Milliarden Euro kostet? Wann unterschreiben Sie – das wäre meine zweite konkrete Frage; die kann man ganz einfach beantworten – die Durchfinanzierungsvereinbarung?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Zu Ihrer ersten Frage: Es wäre gut, wenn Sie mir gescheit zuhören würden; dann hätten Sie es verstanden. Sie können es auch nachlesen. Ich habe gesagt: Im Haushalt 2023 sind 0 Euro von den Regionalisierungsmitteln eingeplant. – Das habe ich gesagt, und das stimmt. Das können Sie nachlesen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von CSU: Zuhören!)

Das Zweite: Wenn der Haushalt beschlossen ist, dann werden wir die Durchfinanzierungserklärung unterzeichnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die nächste Zwischenbemerkung hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Bernreiter, in der Realität ist schon ein bisschen anders, als Sie es gerade dargestellt haben. Im Dezember 2018 hat Ihr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung großspurig angekündigt, 500.000 neue Wohnungen würden in dieser Legislaturperiode in Bayern gebaut. Ich glaube, nicht einmal die Hälfte werden Sie erreichen. Aber schauen wir mal. Die BayernHeim hat bisher keine einzige Wohnung gebaut. Sie wird nach ihrer eigenen Auskunft bis zum Ende des Jahres vielleicht 89 Wohnungen fertigstellen.

Die Stammstrecke soll 14 Milliarden Euro kosten. Diese Aussage kam nicht von irgendeinem Abgeordneten, sondern vom Ausschussobmann von der CSU!

Wünschen Sie sich eigentlich manchmal zurück in das schöne Niederbayern, in Ihr funktionierendes Landratsamt, wo nicht nur gesödert, sondern auch wirklich gemacht worden ist?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich fühle mich in München sehr wohl und gehe die großen Aufgaben an. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie können genügend tun, wenn Berlin entsprechend anschiebt. Ihre Partei stellt die Bundesbauministerin.

(Florian von Brunn (SPD): Sie handelt!)

– Das macht sie nicht. Das Ziel von 400.000 zusätzlichen Wohnungen ist einkassiert worden. Von 18 Milliarden Euro pro Jahr – –

(Widerspruch bei der SPD)

– Darf ich bitte ausreden? – 18 Milliarden Euro KfW-Förderung waren es im Jahr 2021. Heuer sind es für den Wohnungsbau 1,1 Milliarden Euro! Mehr braucht man doch dazu nicht zu sagen.

(Zurufe von der SPD)

Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie haben gesagt, in Bayern sei keine einzige Wohnung gebaut worden. Kollege Dr. Florian Herrmann hat mich erst kürzlich vertreten und in Freising Wohnungen der BayernHeim im Rahmen der Einweihung übergeben. Diese Wohnungen sind fertig. Die haben wir auch selbst gebaut.

Ich habe vorhin gesagt, dass wir noch viele andere Dinge in der Pipeline haben. Schauen Sie sich die Spatenstiche an! Wir kommen deutlich voran. Das kann man natürlich alles schlechtreden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27100 mit 18/27176 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27955.

Zunächst ist über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 18/27175 in einfacher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, Fraktion BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE-WÄHLER-Fraktion, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Busch. – Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Klingen. Dieser Änderungsantrag ist hiermit abgelehnt worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Empfehlung mit Bericht, Drucksache 18/27955, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der fraktionslose Abgeordnete Busch. Die Gegenstimmen bitte ich genauso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD und FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Plenk. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen worden.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 16)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforder-

lichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN, SPD, AfD und FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk und Busch. Somit einstimmig, wenn es keine Gegenstimmen gibt. – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/27955, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27146 mit 18/27158 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 09 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen
(Kap. 09 03 Tit. 533 01)
Drs. 18/27100
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse zur Förderung von besonderen Planungsleistungen im Bereich BIM sowie Zuschüsse an das „BIM Cluster Bayern“
(Kap. 09 03 Tit. 686 70)
Drs. 18/27101
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für das Baukindergeld BayernPlus
(Kap. 09 03 Tit. 893 05)
Drs. 18/27102
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Kommunen, Wohnungsbauunternehmen und sonstige Bauherren nach der Bayerischen Förderrichtlinie Holz
(Kap. 09 04 Tit. 893 12)
Drs. 18/27103
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
(Kap. 09 06 Tit. 633 63)
Drs. 18/27104

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen an Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
(Kap. 09 06 Tit. 683 63)
Drs. 18/27105
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträger und Verbände für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr
(Kap. 09 06 Tit. 892 70)
Drs. 18/27106
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Baubegleitung für die 2. Stammstrecke München
(Kap. 09 07 Tit. 547 72)
Drs. 18/27107
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kapitalzuführung an die BayernHeim GmbH
(Kap. 09 - Anlage B Tit. 831 01)
Drs. 18/27108
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
(Kap. 09 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/27109
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Abriss und Totalsanierungen vermeiden – Gebäudeunterhalt verstärken
(Kap. 09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27110
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zur Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 18/27111

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Staatliche Gebäude begrünen
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/27112
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sanierung von Schwimmbädern
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/27113
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Krise darf sozialen Wohnungsbau nicht bremsen –
Wohnraumförderung aufstocken
(Kap. 09 04 Tit. 863 69 und 893 68)
Drs. 18/27114
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonderprogramm Wohnraumförderung Heizungstausch und
energetische Sanierung
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27115
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm klimafit machen!
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/27116
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mittel für bedarfsorientierte Bedienformen im ÖPNV erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 18/27117
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fahrradfreundliche Kommunen noch besser unterstützen
(Kap. 09 06 Tit. 686 80)
Drs. 18/27118
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Trassensicherungsverträge
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27119

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aus- und Nachrüstung der landeseigenen Nutzfahrzeuge
mit einem Abbiegeassistenzsystem
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27120
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umsetzung Radentscheid: Planung Radvorrangnetz und Lückenschlüsse
im Alltagsradverkehr
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27121
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Nahmobilität durch Fußverkehr in Kommunen unterstützen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27122
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe
für die Förderung von Elektrobussen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/27123
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umsetzung Radentscheid: Zuschüsse zur Errichtung von
Fahrradabstellanlagen
(Kap. 09 06 TG 80 neuer Tit.)
Drs. 18/27124
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Umsetzung Radentscheid: Radschnellverbindungen in der Baulast
des Freistaates
(Kap. 09 06 TG 80 neuer Tit.)
Drs. 18/27125
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Züge bestellen
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/27126

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/27127
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hochschulbau beschleunigen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/27128
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/27129
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sanierung von Schwimmbädern vorantreiben
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/27130
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ehrliche bayerische Wohnungsmilliarde
(Kap. 09 04 Tit. 863 69)
Drs. 18/27131
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Wohnraumförderung – Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen
(Kap. 09 04 Tit. 893 03)
Drs. 18/27132
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 18/27133
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Wohnraum für Auszubildende schaffen
(Kap. 09 04 TG 65 - 70 neuer Tit.)
Drs. 18/27134

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Städtebauförderung ausbauen
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/27135
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket
(Kap. 09 06 Tit. 633 63 und Tit. 683 63)
Drs. 18/27136
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Radverkehr ausbauen – mehr Fahrradabstellanlagen in Bayern
(Kap. 09 06 Tit. 883 80)
Drs. 18/27137
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Ausbau flächendeckender Verkehrsverbünde voranbringen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)
Drs. 18/27138
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Sozialticket für Bedürftige
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/27139
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fußgängerverkehr – Barrierefreiheit für Fußgänger durch Bordsteinabsenkung
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/27140
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Seniorinnen- und Senienticket
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/27141

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG)
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/27142
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Reaktivierungen von Eisenbahnstrecken voranbringen
(Kap. 09 07 Tit. 891 71)
Drs. 18/27143
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes verstärken
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/27144
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Arbeit der Staatlichen Bauämter mit Personal unterstützen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)
Drs. 18/27145
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 09 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27159
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 09 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/27160
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufklärungsinitiative „Sicher auf zwei Spuren“
(09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27161
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für den Erwerb von Leichtkraftfahrzeugen (Fahrzeugklasse L6e) mit einer Geschwindigkeit von maximal 45 km/h (Mopedautos)
(Kap. 09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27162

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse des Landes für die einkommensorientierte Förderung des
Wohnungsbaues gemäß § 88e II. WoBauG, WoFG und BayWoFG
(Kap. 09 04 Tit. 681 55)
Drs. 18/27163
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier Bayerische Klimaschutzoffensive I – Verstärkung der Mittel für Maßnahmen
für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 18/27164
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive II – Verstärkung der Mittel für
Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)
Drs. 18/27165
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive III – Verstärkung der Mittel für die
Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/27166
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive IV – Bau von Ladesäulen an staatlichen
Dienststellen
(Kap. 09 03 Tit. 701 63)
Drs. 18/27167
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds
(Kap. 09 04 Tit. 883 01 und Tit. 883 11)
Drs. 18/27168
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung
zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von
Wohnungsbaugenossenschaften
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27169

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Modellprojekt 3D-Gebäudedruck im sozialen Wohnungsbau
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27170
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zukunftsfragen des Wohnens und der Mobilität sowie des
demografischen Wandels
(Kap. 09 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/27171
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige
für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 18/27172
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Deutschlandticket
(Kap. 09 06 TG 64)
Drs. 18/27173
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Sonstige für Investitionen in innovative Verkehrsprojekte
(u. a. Pilotprojekte) und in den (Schienen-) Güterverkehr
(Kap. 09 09 Tit. 893 80)
Drs. 18/27174
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/27175
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Technische Ausstattung zur Befriedigung des erhöhten Digitalisierungs-
bedarfs in Bauämtern zur Beschleunigung und Verbesserung insbesondere
von Wohnbauvorhaben
(Kap. 09 40 neuer Tit.)
Drs. 18/27176